

## **Auszug aus einem Brief DS von Dezember 2003**

Weiter gibt es ein großes Kapitel von Störungen des Wettbewerb in Deutschland durch die EU.

Die Praxis der Brüsseler Kommission entspricht nicht mehr dem Wettbewerbsbegriff des Schumanplans, des ersten aller Europa-Verträge. Dieser sprach ausdrücklich vom Wettbewerb nach Standortkosten und verbot Subventionen. Die Praxis der Brüsseler Kommission entspricht auch nicht der feierlichen Erklärung in der neuen EU-Verfassung, die EU „biete einen freien und unverfälschten Wettbewerb.“ Vielmehr ist die Kommission selbst der oberste „Verfälscher“ in diesem Spiel. Man versteht die EU leichter, wenn man sie als ein Kartell betrachtet, geführt von der Brüsseler Kommission.

So sehe ich eine wesentliche Störung des Wettbewerbsbegriffs „Leistung und Gegenleistung“ im Transitverkehr durch Deutschland. Die Brüsseler Kommissarin Loyola de Palacio interveniert bekanntlich gegen das deutsche Projekt einer LKW-Maut. Sie will das System insgesamt ihren Bedingungen unterwerfen. So hieß es zum Beispiel aus der privaten Agenda dieser Kommissarin, nur Abschreibungen und Zinsen dürften die Deutschen mit einer allfälligen Maut hereinholen. Was ist mit den Kosten der laufenden Unterhaltung der Verkehrswege? Was ist mit einem Ausgleich von Lärm- und Geruchsschäden? Was ist mit Entgelt für die Milliarden Stunden, die deutsche Autofahrer zwischen Januar und Dezember im Stau verbringen, weil die rechte Autobahnspur mit Transitcontainern belegt ist, von denen die meisten stattdessen über Häfen der Ostsee, der Adria oder des Schwarzen Meeres oder aber über Eisenbahnschienen laufen könnten? Was ist mit Gewinn? Nichts, viermal nichts, also keine pretiale Lenkung des Transitverkehrs. Dieses ist im Bereich des Warenhandels der größte Verstoß gegen das Prinzip des Wettbewerbs nach Standortkosten, den ich bisher erlebt habe: Leistung ohne adäquate Gegenleistung. Die östlich und südöstlich von Deutschland liegenden Standorte werden durch Minimierung

ihrer Transportkosten zu den Nordseehäfen so gestellt, als lägen sie in Deutschland in natürlicher Nähe zu den großen Nordseehäfen. Das geht zu Lasten der Wettbewerbsfähigkeit deutscher Konkurrenzstandorte, weil diese die vielfachen Personalkosten haben. Die von Tag zu Tag steigende Arbeitslosigkeit in Deutschland ist kein Zufall.

Auch der Plan von Frau Loyola de Palacio, in der EU ein einheitliches Mautsystem zu schaffen, ist kein Ausdruck von Gerechtigkeit. Denn die Kosten der Straßen sind von Land zu Land, von Strecke zu Strecke höchst unterschiedlich. Ein Autobahnkilometer durch deutsches Mittelgebirge kostet mehr als ein Autobahnkilometer durch die holländische Ebene. Also würden die Holländer mit einer einheitlichen Maut Gewinn machen, die Deutschen Verlust. Ein umgekehrt liegender Fall hat sich kürzlich in Spanien ereignet. Die Regierung hat ihre Autobahn-Betriebsgesellschaft ENA privatisiert, die 437 km Maut-Autobahnen betreibt. Sie hat einen Preis von 1,6 Milliarden Euro erzielt. Denn der Bruttogewinn dieser ENA lag 2002 bei rund 77 Millionen Euro, angesichts eines Umsatzes von 160 Millionen Euro waren das 47 % vom Umsatz. Berlin sollte die spanische Mautpolitik studieren. Was soll Deutschland daran hindern, ebenfalls € 365.000 Erlös pro Jahr aus dem Autobahnkilometer herauszuholen?

In dieselbe Kategorie, sich an deutschem Eigentum zu bedienen, möglichst noch zum Nulltarif, gehört der Versuch der EU-Kommission und vieler Nachbarstaaten, das deutsche Sonntagsfahrverbot für LKW von außen zu knacken, nachzulesen in der FAZ vom 3. Oktober ds Jhrs.

Ich komme zu meinem nächsten Punkte, den Risikorückstellungen unserer Atomkraftwerke. Aus Brüssel klingt herüber, und zwar ebenfalls von der Kommissarin Loyola de Palacio, man wolle die Risikorückstellungen aller europäischen Atomstromerzeuger dort zusammenfassen und von dort aus einheitlich verwalten. Ich nehme diese Drohung ernst. Denn in diesem Fall müßte jedes deutsche EVU, das ein Kernkraftwerk betreibt, Geld und Wertpapiere im Gegenwert der existierenden Atomrisiko-

rückstellungen auf die EU-Kommission übertragen. Das hieße, dass die darin liegenden Reserven anderen europäischen Stromerzeugern zugute kämen, die ihrerseits in der Vergangenheit nur niedrigere Rückstellungen gebildet haben. Der Spiegel berichtet, deutsche Stromerzeuger hätten für 27 Atommeiler 35 Milliarden Euro an Rückstellungen gebildet, die Electricité de France hingegen für 71 Atommeiler nur 9 Milliarden Euro. Damit würden die überhöhten Strompreise, die die deutschen Betriebe und Haushalte seit Jahren und Jahrzehnten zahlen, als Ausgleich dafür dienen, daß ausländische Betriebe und Haushalte zu wenig zahlen. Das wäre ein direkter Griff der EU in die Gelder, die deutsche Privathaushalte und Betriebe für ihren Strom bezahlen.

Leider muss ich an dieser Stelle konzedieren, dass deutsche Stromversorger an der Herbeiführung solcher Versuchungen nicht unbeteiligt sind. In Deutschland sind die Stromrechnungen von Privatkunden nach Ansicht der Verbraucherzentralen zu hoch. Der Durchschnittshaushalt zahlte danach Ende 2003 drei bis fünf Euro monatlich zuviel - insgesamt fünf Mrd. Euro, wie der Vorsitzende des Bundes der Energieverbraucher, Aribert Peters, in Berlin vorrechnete. Grund seien die überhöhten Netznutzungsentgelte. Der Verband der deutschen Elektrizitätswirtschaft (VDEW) wies die Kritik zurück. Statt die 3,6 Cent je Kilowattstunde zu verlangen, die Stromverteilung und Vertrieb tatsächlich kosteten, kassierten die Stromversorger 6,8 Cent, sagte Peters. „Inzwischen sind die alten Monopolpreise wieder erreicht“, klagte die Chefin des Verbraucherzentralen-Bundesverbands, Edda Müller. Die Gewinne der Konzerne schnellten in die Höhe. Einzelheiten nachzulesen in DIE WELT vom 10. Dezember 2003.

Vor wenigen Wochen ereignete sich ein Stromausfall in Italien. Prompt meldeten sich wieder in der Öffentlichkeit Senora Loyola de Palacio und ausserdem Francois Roussely, Chef der Electricité de France. Roussely fordert eine europäische „Autorität, der die Verantwortung für die regelmäßige Stromversorgung übertragen wird.“ Nachzulesen in Handelsblatt und Tagesspiegel. An diesem

Gedanken ist alles falsch, wirklich alles, aber aus Gründen der Höflichkeit erspare ich mir näheres. Senora Loyola de Palacio betont jetzt die Notwendigkeit eines gemeinsamen europäischen Strommarktes. Mit der Gründung eines gemeinsamen Strommarktes könnten derartige Pannen künftig verhindert werden, meint sie. Einverstanden, wenn es sich um einen Markt handeln soll, der nach Kosten, Chancen, Risiken und Gewinn abrechnet. Aber bei näherem Hinsehen meint auch Senora Loyola de Palacio nicht wirklich einen Markt, sondern wieder einmal und mich in keiner Weise überraschend - Dirigismus. Denn, Zitat: „Eine solche Maßnahme könne ... die derzeitige Isolierung einzelner Staaten verhindern. Das Stromnetz leide in einigen Regionen der Europäischen Union an ‚chronischer Überlastung‘, andere Regionen seien unzureichend an die Energieversorgung angebunden. Es sei deshalb an der Zeit, ‚der Energie-Infrastruktur der Union eine wirklich europäische Dimension zu geben‘“. So meint die Dame. Dazu kann ich nur sagen: Wie man sich bettet, so liegt man. Wer genügend Geld in Kraftwerke und Leitungssysteme gesteckt hat, ist einem Stromausfall ferner als jemand, der sein Geld für andere Zwecke ausgegeben hat. Die Stromausfälle, über die wir hier reden, sind Menschenwerk. Aber nochmals: Wer zuwenig Strom hat, soll sich welchen kaufen. Der Markt ist da. Eine Intervention im Namen Europas wäre so überflüssig wie ein Kropf.

Gleichwohl: Am 10. Dezember 2003, nur Stunden vor dem Beginn des weiß Gott wichtigen EU-Gipfels über die EU-Verfassung, präsentiert Frau Loyola de Palacio der Öffentlichkeit ein neues Energiepaket der EU-Kommission. Die NZZ am 11. Dezember: „Mit einem mehrteiligen ‚Energiepaket‘ will die EU-Kommission die Liberalisierung des Versorgungssektors ergänzen. Daneben soll die Versorgungssicherheit erhöht und sollten sowohl Investitionen als auch das Energiesparen gefördert werden.“ Was zeigt ein Blick in das Klein-gedruckte? „Die Netzbetreiber sollen vor allem hinsichtlich der Kapazitäten auf grenzüberschreitende Zusammenschaltung stärker in die Pflicht genommen werden. Sie sollen den nationalen Regulierungs-

behörden jährliche bzw mehrjährige Investitionspläne vorlegen. Die nationalen Regulierer sollen hierüber die EU-Kommission konsultieren und den Plänen zustimmen oder sie ändern. Im Falle eines Verzugs oder eines Versäumnisses eines Netzbetreibers bei der Umsetzung der Pläne sollen die Regulierungsbehörden erhebliche Kompetenzen erhalten: Sie sollen Geldstrafen erheben, Zieldaten setzen oder im Zuge einer Ausschreibung Arbeiten an Dritte vergeben können.“ So Frau Loyola de Palacio: Eine neue Inquisition.

Die Kommission setzt aber nicht nur auf den Ausbau der Produktions- und Übertragungskapazitäten, sondern auch auf Energiesparmassnahmen: Ein zweiter Richtlinienvorschlag über die Förderung der Energie-Endverbrauchs-Effizienz setzt den Mitgliedstaaten obligatorische Sparziele. Sie sollen von 2006 bis 2012 pro Jahr 1% der im Durchschnitt der vorangegangenen fünf Jahre an Endverbraucher verteilten oder verkauften Energie (alle Energieträger) sparen. Der öffentliche Sektor soll mit gutem Beispiel vorangehen und den Verbrauch um 1,5% pro Jahr reduzieren. Drittes Element des Pakets ist ein Vorschlag zur Revision der Leitlinien für «Transeuropäische Energie-Netzwerke». Neu sollen «europäische Koordinatoren» eingesetzt werden, welche die Zusammenarbeit der nationalen Behörden verbessern und damit die Errichtung grenzüberschreitender Verbindungen beschleunigen sollen. Viertes Element ist ein Verordnungsvorschlag für den Zugang zu den Erdgas-Übertragungsnetzen, der die bestehenden Regeln für den grenzüberschreitenden Stromhandel übertragen soll.

Auf eine Frage nach der Rolle der Schweiz beim italienischen «Blackout» im Sommer erklärte EU-Energiekommissarin de Palacio, es gebe «ein Problem»: Die Schweiz liege mitten in Europa, wende aber den «Acquis communautaire» (EU-Rechtsbestand) nicht an. Die bilateralen Verträge umfassten den Energiesektor nicht. Derzeit werde auf Ebene der Netzbetreiber verhandelt. Vielleicht müsse man noch weitere Schritte machen. De Palacio verwies auch darauf, dass in der Schweiz die Netze durch vertikal integrierte Monopole betrieben würden.

Ich nenne dieses Wunderwerk Dirigismus in der Form lateinischer Scholastik. Noch in keiner Phase seit Beginn der europäischen Verträge in 1951 hat solches Denken zu irgendeinem für die Bürger messbaren Erfolg geführt. Wohl aber hat es in lateinischen Hauptstädten ganze Völkerschaften regierungsamtlicher und auch selbsternannter Experten mit Funktionen versehen, die die Entwicklung der Märkte störten. Soll Brüssel jetzt die Hauptstadt neuer Zentralbehörden werden, je eine pro Wirtschaftsgut? Zur Erinnerung: Wer lag 1989 in Europa, ausgewiesen durch das pro-Kopf-Einkommen, an der Spitze der wirtschaftlichen Entwicklung? Deutschland, und Deutschland hatte ab 1949 systematisch auf all solchen planifikatorischen Quatsch verzichtet.